

"Notwendigkeit zu handeln"

https://www.oberhessische-zeitung.de/lokales/vogelsbergkreis/alsfeld/notwendigkeit-zu-handeln_18967207

Von red am 2.8.2018



Archivfoto: Dickel

ALSFELD - Die ersten amtlichen Messergebnisse des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) sollen jetzt die deutliche Grenzwertüberschreitung bei Stickoxiden in Alsfeld bestätigen. Das berichtet Nira Aretz von der Initiative "Alsfeld minus Fremdenverkehr" in einer Pressemeldung.

Im Frühjahr dieses Jahres hatte die Initiative im Rahmen einer Aktion der Deutschen Umwelthilfe (DUH) Stickstoffdioxidmessungen vorgenommen. In der Alsfelder Schellengasse seien besorgniserregende 53,5 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft gemessen worden (unsere Zeitung berichtete). Das sei in Hessen der höchste Messwert gewesen, "der damit deutlich über dem gesetzlich zulässigen Höchstwert von 40 Mikrogramm (im Jahresmittel) liegt". Bei Experten und Umweltorganisationen sei dieser Grenzwert allerdings umstritten: Sie wiesen auf eine Gesundheitsgefährdung bereits bei 20 Mikrogramm hin. Darüber hinaus würden die amtlichen Messungen in drei Metern Höhe vorgenommen. Menschen, insbesondere Kinder, atmeten weiter unten deutlich höhere Konzentrationen ein.

Aufgrund des alarmierenden Messergebnisses der Initiative wurden in Alsfeld jetzt amtliche Messungen durch das HLNUG, Dezernat Luftreinhaltung und Immissionen, eingeleitet: Im Mai seien 50 Mikrogramm und im Juni 47 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft gemessen worden. Dabei handele es sich um vorläufige Werte, schränkt "Alsfeld minus Fremdenverkehr" ein (Anmerkung der Redaktion: Die Messung muss über einen Mindestzeitraum von zwölf Monaten stattfinden). Die Ergebnisse könnten durch Anpassungen am Jahresende noch geringfügig korrigiert werden. "Das ändert aber nichts an den Grenzwertüberschreitungen und der Notwendigkeit, ins Handeln zu kommen", schreibt Aretz. Millionen unter giftigen Dieselasgasen leidenden Menschen in über 100 besonders belasteten Städten seien von der Bundeskanzlerin vor einem Jahr eine schnelle Hilfe versprochen und plakativ vor der Bundestagswahl ein mit einer Milliarde Euro ausgestattetes Sofortprogramm präsentiert worden. Damit sollte schnell die Luftqualität so verbessert werden, dass Fahrverbote für Dieselfahrzeuge vermieden werden können.

"Doch die Luftreinhaltungspolitik der Bundesregierung ist gescheitert. Das angekündigte 'Sofortprogramm Saubere Luft' hat sich als heiße Luft erwiesen. Weiterhin bestimmen die Autokonzerne BMW, Daimler und VW die Richtlinien der Verkehrspolitik. Der Dieselmotorkraftstoff wird immer noch mit Milliardenbeträgen subventioniert und technische Nachrüstungen werden von den Behörden aktiv behindert", so die Überzeugung von "Alsfeld minus Fremdenverkehr".

Ein wirksames Instrument zur Luftverbesserung sei die Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Städten und Kommunen. "Hier hat die Alsfelder Stadtpolitik noch viel Luft nach oben: Selbst eine einfache und kostengünstige Maßnahme wie die Öffnung der Einbahnstraßen für den Radverkehr wird so halbherzig betrieben, dass der Stadtkern und Schulen mit dem Fahrrad immer noch schwer erreichbar sind und es weiterhin keine durchgängige Route durch die Stadt gibt", heißt es in der Pressemitteilung abschließend.